Schuldenberg und die Folgen

Vorbemerkung

Momentan scheint sich wieder der Leitsatz durchzusetzen: Diesmal ist alles anders!

Das von uns gewählte Logo eines Sextanten zeigt ein seemännisches Instrument zur Bestimmung der Position, auf der man sich befindet und zur Festlegung des Kurses, auf dem man ein Ziel zu erreichen sucht.

Aufgrund des schnellen Tempos, in dem sich gerade in der Politik und der Wirtschaft Konstellationen und Regeln verändern, der amerikanische Präsident die westliche Welt politisch und wirtschaftlich umkrempelt und der reine Tumult regiert, ist es nicht einfach, die Orientierung zu finden.

So wie der Sextant ein unabhängiges, zuverlässiges Instrument zur Navigation ist, wobei er keine moderne Elektronik oder GPS benötigt und von daher für uns ein Werkzeug zum eigenen Denken ist, soll in unserer Orientierungshilfe für die politischen Fragen das Akteurskonzept und für die Wirtschaft die Volkswirtschaftslehre herangezogen werden.

Nicht die Orientierung verlieren!

Bundestag und Bundesrat haben Änderungen des Grundgesetzes zu den Themen Verteidigung, Infrastruktur und Klimaneutralität beschlossen. Was genau soll nun neu werden im Grundgesetz?

Im Mai 2009 hatte man gleichfalls in einer „besonderen Situation“ - nämlich nach der internationalen Finanzkrise - die sogenannte Schuldenbremse, also das Verbot einer Neuverschuldung für Bund und Länder in das Grundgesetz geschrieben. Für den Bund lautet der Kernsatz in Artikel 115 GG: "Einnahmen und Ausgaben sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen", der eigentlich schon bei der Erstellung des Grundgesetzes der Leitsatz einer ordentlichen Haushaltsführung war. "Grundsätzlich ohne" bedeutet, dass Schulden nur in einem festgelegten geringen Umfang von maximal 0,35 Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts gemacht werden durften. Dieser Spielraum galt allerdings nur für den Bund. Die Bundesländer durften bisher überhaupt keine neuen Schulden aufnehmen.

Es wurde beschlossen, dass die Ausgaben für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste in Höhe von einem Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts aus dem normalen

Haushalt genommen werden müssen. Erst wenn für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit mehr ausgegeben werden soll, darf der Bund dafür neue Schulden aufnehmen und die Schuldenbremse steht diesen Ausgaben nicht im Weg, weil das Grundgesetz selbst mit der nun eingefügten Änderung diese Ausnahme regelt.

Darüber hinaus wurde beschlossen, für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro im Grundgesetz aufzunehmen. Dafür wurde der Artikel 143h GG geschaffen, in dem folgende Punkte geregelt sind: Der Bund kann für die genannten Zwecke in den nächsten zwölf Jahren Kredite aufnehmen. Allerdings nur für "zusätzliche Investitionen", also nur wenn aus dem normalen Bundeshaushalt zehn Prozent für Investitionen ausgegeben werden, darf für weitere, also zusätzliche Investitionen auf das Sondervermögen zurückgegriffen werden.

Ein Sondervermögen – eigentlich eine Sonderschuld - ist ein vom Bundeshaushalt getrennter Betrag, der für bestimmte, begrenzte Aufgaben zur Verfügung steht. Auch für Sondervermögen gilt grundsätzlich die Schuldenbremse, wenn nichts anderes im Grundgesetz geregelt ist. Mit dem jetzt geplanten Sondervermögen geht es aber im Kern darum, neue Schulden für Infrastruktur und Klimaneutralität zu machen. Nun ist in Artikel 143h GG klar geregelt, dass die Schuldenbremse für diese konkrete Ausnahme nicht mehr gilt.

Ehrlicher und vernünftiger wäre eine schlichte Abschaffung der sogenannten Schuldenbremse gewesen.

Zentrale Fragen unbeantwortet

Wie sieht die Strategie im Verteidigungsbereich aus?

Welche realistische Strategie soll Einkäufen zugrunde gelegt werden? Hier geht es um vorhandene (im Moment ziemlich ausgelastete) Kapazitäten, Zeitbedarfe für den Aufbau neuer Kapazitäten und den Zeithorizont für den Bau der gewünschten Gerätschaften und Ausrüstungen. Preissetzung und Preisentwicklung im militärischen Monopolsektor ist noch eine besondere Fragestellung; ob man jetzt in den USA Waffen kaufen sollte, muss im Rahmen der europäischen Verteidigungsstrategie schnell geklärt werden.

Die Militärstrategie muss sich auch von dem alten Paradigma der Militärtaktik verabschieden, denn für Abschreckung braucht man keine Panzer, U-Boote und Schlachtschiffe, sondern tief gestaffelte, elektronisch hoch komplexe Erkennungs- Identifikation und Abwehrsysteme auf der Basis von Satelliten, Radar und Kommunikation, von Raketen, weitreichenden Hochgeschwindigkeit-Geschützen und verschiedenste Drohnentypen. Ein strategisches Weißbuch muss dies enthalten, bevor die ersten Milliarden ausgegeben werden.

Wie sehen die Prioritäten aus?

Die Prioritätensetzung ist in beiden Ausgabenbereichen noch völlig unklar. Sicher sind die öffentlichen Investitionen in die sogenannte Infrastruktur bisher vernachlässigt worden. Eine vernünftige Prioritätensetzung mit Abwägung der erforderlichen Volumina in den nächsten zehn Jahren und der dazu verfügbaren Ressourcen ist dringend notwendig. Das gilt besonders, weil im Bau-, Stahl-, Maschinenbau- und Elektronikbereich die Nachfrage beider Sondervermögen konkurrierend aufeinandertreffen, so das mit Kapazitätsengpässen und relevanten Preiserhöhungen gerechnet werden muss.

Operative Umsetzung im Dunkeln.

Mit welchen organisatorischen und personellen Strukturen das ganze erfolgen soll, ist ja auch noch keineswegs ausgemacht und es ist fraglich, ob das traditionelle Denken in Divisionen und Brigaden mit den bisherigen Strukturen in Logistik, Versorgung, Informatik und Kommunikation, Robotik und Künstlicher Intelligenz, Geheimdienstinformationen, Satellitenerkundung und schneller flexibler Reaktion angemessen ist.
Ein Blick auf die Zahlen zur Positionsbestimmung im Sinne unseres Sextanten zeigt: Die EU hat im Zeitraum 2021 bis 2024 die gesamten Verteidigungsausgaben um 30% auf ca. 330 Mrd.€ gesteigert (USA ca. 900 Mrd.$). Schon bei diesen enormen Zahlen wird die Verteidigungsfähigkeit der EU verneint. Es muss also ein ungeheures Maß an Ineffizienz im Militärsystem stecken. Mit den zusätzlichen 500 Mrd.€ in Deutschland und den 800 Mrd.€ für die EU und einer unterstellten Umsetzungszeit von 10 Jahren wäre dies ein jährliches Verteidigungsbudget von ca. 600 Mrd.€ in den nächsten Jahren. Russland als vermeintliches Kernland der Bedrohung Europas hat ein Militärausgabenbudget von ca. 100 Mrd.$. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen kann bezweifelt werden, dass diese „Zeitenwende“ in der Finanz-

und Schuldenpolitik alleine von Russland ausgelöst wurde und deshalb die Risiken für die Wirtschaftsentwicklung in den Hintergrund gedrängt wurden.

Management von Großprojekten bisher schlecht.

Der Erfahrungshintergrund über das Management der öffentlichen Hand hinsichtlich der Kostenrahmen im Militärbereich oder bei den öffentlichen Bauinvestitionen insbesondere bei den Großprojekten sind bisher eher negativ, wenn man an Beispiele wie den Flughafen Berlin, die Elbphilharmonie, den Bahnhof Stuttgart 2020 oder selbst die Renovierung der Gorch Fock denkt (Verdopplung ist ja eher die Regel als die Ausnahme) denkt. Und das wird jetzt bei 1000 Milliarden alles besser?

Die ökonomische Dimension der Grundgesetzänderung zur Schuldenbremse

Für die ökonomische Entwicklung ist folgendes zu erwarten:

- In diesem frühen Planungsstadium können die quantitativen Effekte auf das Sozialprodukt nur annähernd berechnet werden, da es auf die konkreten Umsetzungsaktivitäten ankommt; Erste Schätzungen belaufen sich auf Wachstumseffekt von 2% pro Jahr. Die Schuldenquote steigt mittelfristig auf über 80 %.
- Das Budgetdefizit wird gleichfalls deutlich höher als die europäischen Stabilitätsregeln liegen, aber diese werden ohnehin nach Bedarf flexibilisiert und dürften längerfristig keine Rolle mehr spielen.
- Die Zinsen werden wegen der hohen Kreditnachfrage des Staates steigen, die der anderen Euro-Länder noch stärker, da deren Bonität schlechter eingeschätzt wird. Die EZB hat wenig Spielraum für eine erneute lockere Geldpolitik, da sie schon auf einem Bestand von 4,5 Billionen € Staatspapieren sitzt.
- Die Inflationsrate wird deutlich steigen, da bei einer Kapazitäts-auslastung von knapp unter 80% und einem in den nächsten Jahren nur gering wachsenden Produktionspotential[1] die stark

[1] Die Konjunkturkomponente ergibt sich als Produkt von Produktionslücke und Budgetsemielastizität. Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotential. Das Produktionspotential ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft

steigende Nachfrage des Staates nach Rüstungsgütern und Infrastrukturgütern hohe Preisüberwälzungsspielräume bieten.

- Das Gesamtpaket dürfte zu einer gesamten Schuldenaufnahme von bis zu 150 Milliarden pro Jahr durch die öffentliche Hand führen (Bund Länder und Kommunen zusammen), mit einer zusätzlichen jährlichen Zins Belastung von 5 Milliarden, die im zehnten Jahr auf 50 Milliarden pro Jahr angestiegen ist und in diesem Zeitraum bereits 275 Milliarden € Zinszahlungen erfordert. Diese müssen dann aus dem normalen Haushalt aufgebracht werden. Für die bestehenden Staatsschulden von 2500 Milliarden fallen 60 Mrd. € Schuldendienst an. Die Belastung der künftigen Generationen äußert sich zum einen darin, dass der finanzielle Handlungsspielraum durch solch enorme Schuldendienstsummen immer weiter eingeschränkt wird und dadurch weniger Aufgaben des Staates für zukünftige Generationen realisiert werden können.
- Die Zinsen und Tilgungen müssen also von den nächsten Generationen aufgebracht werden, aber die reale Absorption (d. h. der für private Zwecke nicht zur Verfügung stehende Verbrauch, der für Rüstung und Infrastrukturinvestitionen benötigt wird) geht immer zulasten der jeweils gegenwärtigen Generation, denn bei ausgelasteten oder wenig wachsenden Kapazitäten muss auf Konsumgüter und andere Produkte verzichtet werden, wenn mehr investiert werden soll.
- Die reale Last wird bei konstantem oder wenig steigenden Sozialprodukt von der aktuellen Generation getragen, nicht von den künftigen. Es bleibt aber die finanzielle Belastung, sowie die Verteilungswirkungen, denn die Einkommen aus Rüstungsindustrie und Investitionsgüterindustrie werden bei den Beziehern von Unternehmens- und Vermögenseinkommen bleiben, hinzu kommen die Verteilungswirkungen der steigenden Zinsausgaben des Staatshaushalts. Wie Studien zeigen, fließen diese Einkommen nicht den unteren 50% der Haushalte zu.[2]
- Nicht zuletzt ist zu bedenken, dass Rüstungsgüter zwar kurzfristig Arbeitsplätze schaffen, aber nicht die Produktivität eines Landes steigern und dadurch langfristig das Wachstum belastet wird und Wettbewerbsnachteile entstehen.

---

determinieren.

[2] Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, April 2023, Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2021. S.25ff.

Der Zollkrieg des Donald Trump

Zu dem vom amerikanischen Präsidenten vom Zaun gebrochenen Zollkrieg ist das ökonomische Urteil schnell gefasst: Die herrschende Lehre hierzu ist. dass ein Protektionismus über Zölle über die Behinderung des globalen freien Wettbewerbs Wohlfahrtseinbußen für alle Handelspartner bringt. Sie plädiert daher für Freihandel, da er langfristig zu höherer Effizienz, Innovation und Wohlstand führt. In dem die Zölle erhebenden Land wird die Inflation gesteigert, das Wachstum verringert und die Investitionsbereitschaft wird sinken. Über diese Maßnahmen wird Amerika kleiner werden, keineswegs groß gemacht und es wird am meisten unter den Maßnahmen leiden. Die betroffenen Länder werden mit Gegenzöllen reagieren, aber die Auswirkungen sind nur auf den jeweiligen Anteil am US-Handel beschränkt, während Amerika, ja seine gesamten Importe verteuert. Die Gesetze der Ökonomie werden eben nicht neu geschrieben, nur weil ein neuer Präsident „Zölle“ zu seinem Lieblingswort erkoren hat.

Fazit

Die aufgeführten Beschlüsse zeigen wieder einmal das ohnehin bei Politikern stark verhaftete Verhaltensmuster, nämlich der Entfaltung von Aktionismus. Zum einen lassen sich beherzt getroffene Aktionen in einer Krise als Handlungsfähigkeit der politischen Akteure gut in der Öffentlichkeit darstellen, weiterhin lassen sich zwischen den politisch Handelnden sichtbare Aktionen mit viel Geld bequemer vereinbaren als unbequeme, langfristig wirkende Reformen im gesellschaftlichen System.

So hätten die schädlichen Wirkungen der 16 Jahre wirkenden Schuldenbremse, die auch aus dem Aktionismus nach der Finanzkrise 2009 entstanden war, vermieden werden können, wenn man den ohnehin schon seit Beginn im Grundgesetz verankerten Leitsatz der soliden Haushaltspolitik, nämlich Verschuldung nur zur Finanzierung von Investitionen zulassen, immer konstant verfolgt hätte.

Mit den Sondervermögen hat man in den letzten Jahren die Büchse der Pandora geöffnet, die sich wie nun die aktuellen Entwicklungen zeigen, auf wunderbare Weise vermehren, mit beliebigen Grenzen für Ihre Volumina geschaffen werden und außerhalb der Strukturen der öffentlichen Haushaltsführung verwaltet werden müssen – vermutlich durch neue Behörden! Am Ende ist der Verlust aller über Jahrzehnte

entwickelten Regeln für eine wachstums- und stabilitätsorientierte Finanzpolitik zu befürchten.

Die zu erwartende gesamtwirtschaftliche, über die Kapazitätsgrenzen hinausgehende Nachfrage wird die Inflation wieder steigen lassen, Die Rüstungsausgaben sind keine Investitionen und werden keine positive Wohlstandseffekte schaffen und die Zinsen werden wieder ansteigen. Die große Unsicherheit über die zeitliche und quantitative Wirkung der Sondervermögen zeigen die Prognosen von führenden deutschen Forschungsinstituten, die zu unterschiedlichen Ergebnissen über die Auswirkungen kommen.[3]

Zumindest die Ausgestaltung und Umsetzung der geplanten Maßnahmen - zivil wie militärisch - sollte einer strikten Prüfung auf Wirksamkeit und Angemessenheit unterzogen werden. Ein Finanzierungkonzept für die Zinslasten wäre auch schlau!

[3] NTV online, Rettet das Sondervermögen die deutsche Konjunktur? Führende Wirtschafts-forschungsinstitute sagen Deutschland 2025 allenfalls eine Stagnation und mitunter sogar das dritte Rezessionsjahr in Folge voraus. Juliane Kipper 13.03.2025, 18:03 Uhr